

**Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses  
am Mittwoch, dem 17.01.2007, im Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. 540)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 12:20 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	<b>193/2006</b> 4
2.	Neustrukturierung der Landesförderung im Sucht- und AIDS-Bereich ab 2007	<b>209/2007</b> 5
3.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2007	<b>195/2006</b> 8
4.	Ambulant betreute Wohngemeinschaft für Men- schen mit Demenzerkrankung hier: Vorstellung eines Modellprojektes in Dren- steinfurt-Rinkerode, Träger pia-causa Kranken- pflege GmbH	<b>174/2006</b> 16
5.	Sozialleistungsbericht 2006	<b>194/2006</b> 18

**Anlagen**

- Anlage 1 Bericht des Herrn Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE
- Anlage 2 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007

- Anlage 3 Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag vom 13.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007
- Anlage 4 Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag vom 14.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007
- Anlage 5 Antrag der FDP Fraktion im Kreistag vom 14.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007
- Anlage 6 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanesentwurfes 2007
- Anlage 7 Kennzahlen der ARGE
- Anlage 8 Wohnen „Am Pröbstinghof“ Drensteinfurt-Rinkerode

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>
Tünte-Poschmann, Hildegard
<b>Ausschussmitglieder</b>
Birkhahn, Astrid
Grabenmeier, Hildegunde
Hein-Kötter, Dorothea
Hohmann de Palma, Ingrid
Holz, Günter
Hörnemann, Josef
Mors, Annette
Schmidt, Ulrike
Steiner, Hans-Rüdiger
Stöppel, Gregor
Strohbücker, Josef
Strübbe, Robert
Wartala, Franz-Jörg
Wördemann, Christiane
<b>von der Verwaltung</b>
Börger, Heinz Dr.
Funke, Stefan Dr.
Schabhüser, Helmut
Schmiele, Angelika
Schröder, Helen
Schulze-Kalthoff, Norbert Dr.
Schürmann, Brigitte
<b>Gäste</b>
Beerwerth, Ulrich
Wapelhorst, Peter

Frau Tünte-Poschmann eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozialausschuss mit Einladung vom 05.01.2007 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

**I. Öffentlicher Teil**

<b>1.</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht</b>	<b>193/2006</b>
-----------	--	-----------------

Herr Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE SGB II im Kreis Warendorf, erläutert den aktuellen Sachstand

- zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften
- zur Entwicklung der Hilfeempfänger und erwerbsfähigen Hilfeempfänger
- zur Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- zur Zielvereinbarung vom 02.05.2006/ Reduzierung der Transferleistungen insgesamt um 3 %
- zur Zielvereinbarung vom 02.05.2006/ Erhöhung der Integrationen um 5 % auf 2.253 Integrationen
- zur Zielvereinbarung vom 02.05.2006/ Erhöhung der Integrationen U 25 um 10% auf 565 Integrationen
- zu den Planungen 2007:
  - Reduzierung der Transferleistungen Bund um 4 %
  - Reduzierung der kommunalen Leistungen um 4 %
  - Integrationen insgesamt
  - Integrationen U 25
  - Sicherung des Lebensunterhaltes/ Durchschnittliche Dauer von der Antragstellung bis zur Entscheidung
  - Kosten je Integration

Auf Nachfrage von Frau Hohmann de Palma erklärt Herr Wapelhorst, dass die geplanten Integrationen ein ambitioniertes Ziel seien, das jedoch erreicht werden könne.

Herr Wapelhorst teilt mit, dass es im Bereich der Stellenbesetzung innerhalb der ARGE eine normale Fluktuation gebe. Zudem finde auf Grund einer Umstrukturierung bei der Agentur für Arbeit derzeit keine Besetzung freier Stellen statt. Daher gebe es derzeit einige unbesetzte Stellen.

Frau Mors bittet um Mitteilung, ob es für das Jahr 2005 einen Jahresbericht der ARGE gebe.

Herr Wapelhorst erklärt dazu, dass für 2005 kein Bericht erstellt wurde. Einen die Finanzen betreffenden Jahresbericht gebe es nur für den Eingliederungstitel. Für 2006 werde ein Jahresbericht vorbereitet und veröffentlicht.

Frau Tünte-Poschmann dankt Herrn Wapelhorst für seine Ausführungen.

<b>2.</b>	<b>Neustrukturierung der Landesförderung im Sucht- und AIDS-Bereich ab 2007</b>	<b>209/2007</b>
-----------	---	-----------------

Frau Schröder erläutert, welche Träger im Kreis Warendorf auf den Gebieten der Förderung im Sucht und AIDS-Bereich tätig sind und wie der Kreis Warendorf deren Aktivitäten zur Zeit fördert:

So seien im Kreis Warendorf Träger von Sucht- und Drogenberatungsstellen:

- der Arbeitskreis Jugend- und Drogenberatung im Kreis Warendorf e. V.
- Quadro, die Kooperation der Sucht- und Drogenberatung caritativer Verbände im Kreis Warendorf. Diese setze sich zusammen aus
  - dem Caritasverband für das Dekanat Ahlen, e.V.
  - dem Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf e.V. (für Beckum) und
  - dem SKM – Kath. Verband für soziale Dienste in Warendorf e.V.

Der Kreis Warendorf habe mit beiden Trägern Vereinbarungen über seine Beteiligung an der Finanzierung der Sucht- und Drogenberatung geschlossen. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel beteilige sich der Kreis

- beim Arbeitskreis Jugend- und Drogenberatung im Kreis Warendorf e. V. an den Kosten für 3 Fachkräfte, davon eine Prophylaxefachkraft und entsprechende Verwaltungskräfte; für 2006 betrug der Zuschuss 113.427 €,
- bei Quadro an den Kosten für 7 ½ Fachkräfte und entsprechenden Verwaltungskräften; für 2006 betrug der Zuschuss 283.573 €.

Nach der vertraglichen Vereinbarung mit der AIDS-Hilfe Ahlen beteilige sich der Kreis an den Personalkosten mit einem jährlichen Zuschuss. Der Zuschuss werde maximal in Höhe der Personalkosten für eine Fachkraft und ½ Verwaltungskraft abzüglich der Personalkostenförderung des Landes geleistet.

Für das Jahr 2005 betrug der Zuschuss rd. 21.800 €, für 2006 stehe die endgültige Abrechnung noch aus.

Frau Schröder teilt mit, dass seitens des Landes Nordrhein-Westfalen Änderungen bei der Förderung ab 2007 vorgesehen seien.

Bislang habe das Land die Einrichtungen der Sucht- und Drogenberatung und der Aids-Hilfe nach differenzierten Förderrichtlinien gefördert. Bewilligungsbehörde war die Bezirksregierung.

Die bisher geltenden Förderrichtlinien für den AIDS- und Suchtbereich seien zum Ende des Jahres 2006 ausgelaufen. Bereits im Laufe des Jahres 2006 habe das Land deutlich gemacht, die Förderung ab 2007 kommunalisieren und pauschalisieren zu wollen. Danach sollen die Kommunen künftig eigenverantwortlich über die Zuweisung der Landesmittel an die jeweiligen örtlichen Träger entscheiden.

Die kommunalen Spitzenverbände sowie die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege unterstützten zwar grundsätzlich die Kommunalisierung, im Vorfeld sei aber die Klärung weiterer Fragen gefordert worden, zu denen insbesondere

- die bestehende Finanz- und Fachverantwortung des Landes,
- die Ziele der Förderung nach fachlichen Gesichtspunkten,
- die Vergabe- und Verteilkriterien sowie
- die Nachweis- und Berichtspflichten

gehörten, erläutert Frau Schröder.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages werde das Land ab diesem Jahr den Kommunen entsprechende Mittel als fachbezogene Pauschale zur Verfügung stellen. In 2006 sei es jedoch nicht mehr möglich gewesen, eine einvernehmliche Vereinbarung des Landes, der kommunalen Spitzenverbände und der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zur Neustrukturierung der Landesförderung zu treffen. Für 2007 zunächst sollen deshalb die Mittel in Höhe der in 2006 gewährten Förderungen an die Kreise und kreisfreien Städte ausgezahlt werden. Dieses erfolge mit der Maßgabe, sie an die bisher geförderten Einrichtungen weiter zu reichen, und zwar in Höhe der in 2006 an diese gewährten Fördermittel. So solle Planungssicherheit für die Einrichtungen gewährleistet werden.

Im Laufe dieses Jahres sollen dann durch eine bereits gebildete Arbeitsgruppe Klauseln einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Land, den kommunalen Spitzenverbänden und der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege formuliert werden, in denen

- die Ziele der Förderung und Mindeststandards festgelegt werden sollen sowie
- Fragen zur Finanz- und Fachverantwortung des Landes,
- zu den Vergabe- und Verteilkriterien und
- zu den Nachweis- und Berichtspflichten

zu beantworten sein werden. In einer Unterarbeitsgruppe zum Suchtbereich werde für die Kommunen u. a. Herr Dr. Schulze Kalthoff mitarbeiten.

Dem Arbeitskreis Jugend- und Drogenberatung bereite die Neustrukturierung der Landesförderung insofern Probleme, als die DROBS davon ausgingen, dass bei Beibehaltung des alten Fördermodus sie in 2007 einen höheren Förderbetrag als noch in 2006 zu erwarten gehabt hätten.

Die bisherigen Förderbestimmungen hätten vorgesehen, dass zunächst die Voraussetzungen für eine sog. Grundförderung erfüllt sein mussten und sodann ggf. auch weitere Fördermittel, z. B. für Prophylaxekräfte, beantragt werden konnten. Die ursprünglichen Voraussetzungen für eine Grundförderung (Beschäftigung von mindestens 2 Fachkräften) habe die Sucht- und Drogenberatungsstelle in den Jahren 2005 und 2006 nicht erfüllen können. Obgleich dies Voraussetzung für die Zusatzförderung bei Beschäftigung von Prophylaxekräften war, gewährte die Bewilligungsbehörde per Ausnahmegenehmigung in den Jahren 2005 und 2006 je 35.800 € an Fördermitteln für Prophylaxefachkräfte. Sie wies jedoch noch im September 2006 darauf hin, dass eine Förderung für das Jahr 2007 nur *zusammen* mit der Erfüllung der Voraussetzungen für die Grundförderung möglich sei.

Mit der zum 01.04.2006 in Kraft getretenen Änderung der Voraussetzungen für die Grundförderung (nur noch die Beschäftigung von mindestens 1 Fachkraft) sah sich der Arbeitskreis in der Lage, die Fördervoraussetzungen für eine Grundförderung in 2007 zu erfüllen und stellte einen entsprechenden Zuwendungsantrag. Sie seien davon ausgegangen, in 2007 die sog. Grundförderung von 20.500 € zu beziehen als auch die in den Vorjahren bereits erhaltenen Mittel für die Prophylaxefachkräfte. Diesen Antrag habe die Bezirksregierung jedoch abgelehnt. Hierbei wurde auf die genannte Neustrukturierung der Landesförderung und mithin darauf verwiesen, dass die Förderung für 2007 auf der Basis der Förderungen 2006 erfolgen werde und das Haushaltsgesetz keine Erhöhung der Fördermittel für die Sucht- und Drogenberatungsstellen vorsehe, so dass auch keine Haushaltsmittel in 2007 für den Antrag des Arbeitskreises zur Verfügung stünden.

Der gegen diesen Bescheid eingelegte Widerspruch wurde zwischenzeitlich zurückgewiesen. Der Arbeitskreis lasse derzeit die Klagechancen prüfen, erklärt Frau Schröder. Das Ergebnis bleibe abzuwarten.

Herr Dr. Börger ergänzt, dass keineswegs sichergestellt sei, dass der Kreis zukünftig Mittel in gleicher Höhe erhalte wie bisher, da die Kriterien der Mittelvergabe noch in der Rahmenvereinbarung festzulegen seien.

Frau Birkhahn schlägt vor, die vertragliche Situation durch Kündigung der Verträge zu ändern.

Herr Dr. Börger erklärt, dass der Kreis durch die Mitarbeit von Herrn Dr. Schulze Kalthoff im Arbeitskreis gut vertreten sei. Es bleibe noch bis zum 30.06.2007 Zeit für eine eventuelle Vertragsänderung.

<b>3.</b>	<b>Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2007</b>	<b>195/2006</b>
-----------	--	-----------------

Den Mitgliedern des Sozialausschuss liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages am 08.12.2006 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2007 vor.

Darüber hinaus liegen den Anwesenden nachstehende Anträge zum Haushaltsplanentwurf vor:

1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007 (Anlage 2)
2. Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag vom 13.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007 (Anlage 3)
3. Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag vom 14.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007 (Anlage 4)
4. Antrag der FDP Fraktion im Kreistag vom 14.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007 (Anlage 5)
5. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007 (Anlage 6)

Frau Tünte-Poschmann stellt die einzelnen Ertrags- und Aufwendungspositionen des Haushaltsplanentwurfes sowie die vorstehenden Anträge zur Beratung und Abstimmung.

Zu 1.:

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007

und

Zu 5.:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007

Frau Hohmann de Palma erläutert den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie weist auf das Erfordernis zur Bildung der Stelle eines Integrationsbeauftragten hin. Zur Vorbereitung der Diskussion solle ein Referent eingeladen werden.

Frau Mors schließt sich dem Antrag an und begründet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Zum Thema der „Integration/Migration“ sei die Durchführung einer Fachtagung erforderlich. Dafür seien im Haushalt 2007 Mittel in Höhe von 15.000 € zu veranschlagen.

Frau Birkhahn stimmt zu, dass die Integration von Menschen aus dem Ausland ein entscheidendes Thema für die Zukunft sei. Es handele sich um ein vielschichtiges Problem, das nicht in einem Jahr bewältigt werden könne.

Seitens der CDU-Fraktion werde daher vorgeschlagen, zunächst eine Bestandsaufnahme der bestehenden Angebote und Aktivitäten der Einrichtungen im Kreis zur Integration vornehmen zu lassen. Anschließend solle geprüft werden, ob und ggfls. mit welchem Umfang die Stelle eines Integrationsbeauftragten einzurichten sei. Gleiches gelte für die Durchführung einer Fachtagung.

Frau Schmidt betont, dass die Durchführung einer Fachtagung erforderlich sei, da die Verwaltung mit der Zusammenstellung aller Informationen überfordert sei.

Sie weist darauf hin, dass insbesondere hinsichtlich der türkischen Mitbürger die Gleichberechtigung forciert werden müsse, um eine Islamisierung in Deutschland zu verhindern.

Frau Grabenmeier ergänzt, dass nicht nur die Situation auf den Kreis Warendorf beschränkt gesehen werden solle. Daher solle auf die Erfahrungen von Fachleuten zurückgegriffen werden. Nach Zusammenstellung aller Informationen könne ggfls. die Stelle eines Integrationsbeauftragten eingerichtet werden.

Herr Strohbücker hält das Einholen von weiteren Informationen für erforderlich, bevor über die Einrichtung einer Stelle entschieden wird.

Herr Holz schlägt vor, eine Datenbank aller Informationen zur Integration/Migration zusammen zu stellen. Er weist darauf hin, dass es eine Liste von Stellen gebe, die Integrationsberatung anbieten. Des Weiteren gebe es Datenmaterial von wissenschaftlichen Instituten.

Weiter führt Herr Holz aus, dass türkischstämmige Jugendliche die größte Gruppe bilden, die nach der Ausbildung nicht in den Arbeitsmarkt finde.

Frau Hohmann de Palma hält es für verfrüht, bereits jetzt ins Detail zu gehen. Wichtig sei vor Allem, einen kompetenten Referenten einzuladen. Sie schlägt eine Sondersitzung zu diesem Thema noch vor den Osterferien vor.

Zudem bestehe die Möglichkeit, vom Landesministerium für Integration Informationen zu erhalten.

Herr Stöppel hält es für wichtiger, Problemlösungen speziell für den Kreis Warendorf zu suchen, Informationen von außerhalb des Kreises dürften nur ergänzend sein.

Die Prüfung, ob die Einrichtung der Stelle eines Integrationsbeauftragten erforderlich sei, könne erst nach erfolgter Bestandsaufnahme, in deren Mittelpunkt die Durchführung einer Fachtagung stehe, geprüft werden. Ziel müsse es sein, eine Fachtagung mit möglichst geringen Mitteln durchzuführen. Es sollten 15.000 € im Haushalt veranschlagt werden, im Laufe des Jahres solle die Verwendung geprüft werden.

Frau Mors schlägt vor, dass im 1. Halbjahr 2007 Informationen zusammen gestellt um im Sozialausschuss vorgestellt werden sollten.

Im 2. Halbjahr 2007 solle dann die Fachtagung durchgeführt werden. Die beantragten 15.000 € sollten daher im Haushalt bereitgestellt werden.

Die Prüfung und Entscheidung, ob die Einrichtung der Stelle eines Integrationsbeauftragten erforderlich sei, könne anschließend im nächsten Jahr erfolgen.

Herr Hörnemann ergänzt, dass eine Fachtagung für 15.000 € nur dann erfolgen solle, wenn deren Notwendigkeit feststehe. Vorerst seien Informationen von allen Integrationsfachdiensten im Kreis zu sammeln.

Herr Holz bietet sich an, in seiner Funktion als Integrationsbeauftragter der Berufsberatung der Agentur für Arbeit mit der Verwaltung zusammen zu arbeiten.

Frau Grabenmeier weist darauf hin, dass eine Fachtagung nicht kostenlos durchführbar sei, die entsprechenden Mittel seien daher in den Haushalt zu stellen.

Die Universität Münster führe verschiedene Projekte zum Thema Integration/Migration durch, auch hier seien Informationen zu erhalten.

Herr Dr. Börger bestätigt, dass die Integration/Migration ein wichtiges Thema sei, auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung.

Er schlägt abschließend vor:

- Die Verwaltung führt eine Bestandsaufnahme durch, welche Einrichtungen im Kreis Warendorf in welcher Form Integrationsarbeit und –beratung leisten.
- Die Verwaltung wird ein Konzept zur Integration erstellen und in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses vorstellen.
- Haushaltsmittel werden erst in 2008 veranschlagt.

Frau Hohmann de Palma erklärt daraufhin, dass der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen bis zur nächsten Sitzung zurück gestellt wird.

Frau Mors splittet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion:

1. Durchführung einer Fachtagung zum Thema „Integration/Migration“:

**Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen**  
**5 Nein-Stimmen**  
**2 Enthaltungen**

2. Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 15.000 € im Haushalt 2007:

**Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen**  
**10 Nein-Stimmen**

Zum Produkt 050120 Grundsicherung Alter/Erwerbsminderung schlägt Frau Schürmann aufgrund der aktuellen Entwicklung vor, den Betrag bei Nr. 15 (Transferaufwendungen) um 200.000 € auf 7.130.000 € zu erhöhen.

Zum Produkt 050210 Grundsicherung erläutert Herr Wapelhorst die Kennzahlen der ARGE SGB II im Kreis Warendorf. Diese sind als Anlage 7 beigefügt.

Zum Produkt 050210 Grundsicherung teilt Herr Dr. Funke mit, dass der Betrag bei Nr. 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen) auf 10.870.000 € gesenkt werden müsse, weil

- der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung nur 31,2 % betrage
- eine Abrechnung der Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem sog. Herforder Modell außerhalb der Kreisumlage ab 2007 nicht mehr zulässig sei.

Zu 2.:

Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag vom 13.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes

und

Zu 4.:

Antrag der FDP Fraktion im Kreistag vom 14.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007

Teilergebnisplan Produkt 050410 Heimaufsicht

Frau Birkhahn erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Strohbücker unterstützt den Antrag und erläutert den zusätzlichen Antrag der FDP-Fraktion auf Erstellung eines Qualitätsberichtes und einer öffentlichen Bewertung (Ranking) der Altenpflege- und Behindertenheime.

Frau Mors unterstützt beide Anträge, hält das seitens der FDP beantragte Ranking der Altenpflege- und Behindertenheime für problematisch.

Herr Dr. Schulze Kalthoff äußert Bedenken gegenüber einer öffentlichen Ergebnisdarstellung nach außen. Er weist darauf hin, dass die Einrichtungen die Möglichkeit haben, ein Qualitätssiegel zu erwerben und sich zertifizieren zu lassen.

Herr Dr. Börger betont, dass primäre Aufgabe der Heimaufsicht die Gefahrenabwehr sei, nicht die Qualitätskontrolle.

Er sagt zu, in der 1. Sitzung des Sozialausschusses im Jahre 2008 einen ausführlichen Qualitätsbericht zur Heimaufsicht zu geben.

Herr Strohbücker zieht den Antrag, soweit der das Ranking der Altenpflege- und Behindertenheime betrifft, zurück.

Auf Nachfrage von Frau Mors erklärt Herr Dr. Funke, dass für die Stelle der Altenpflegekraft Personalkosten von rd. 38.000 € anzusetzen seien.

Frau Tünte-Poschmann lässt über die Anträge der CDU und der FDP (bei Streichung des letzten Satzes) abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Zu 3.:Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag vom 14.01.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2007Teilergebnisplan Produkt 050420 Schuldnerberatung

Frau Birkhahn erläutert den Antrag der CDU-Fraktion auf Erhöhung der Fachleistungsstunden der Schuldnerberatungsstelle der Diakonie Gütersloh. Es wären zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von rd. 13.500 € erforderlich.

Durch die Erhöhung würde es der Schuldnerberatungsstelle möglich, eine Erstberatung der Schuldner innerhalb von 14 Tagen durchzuführen, statt wie bisher erst nach 6 Wochen.

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Antrag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Zum Produkt 070120 Ärztliche/zahnärztl. Gutachten teilt Herr Dr. Funke mit, dass der Betrag bei Nr. 16 für den Ansatz 2007 und die Pläne 2008 bis 2010 um jeweils 20.000 € auf 16.230 € gekürzt wird.

Zum Produkt 070140 Zuweis. Gesundheitseinricht. teilt Herr Dr. Schulze Kalthoff mit, dass der Ansatz 2007 bei Nr. 10 aufgrund der unter TOP 2 berichteten Veränderungen von 0 auf 254.600 € erhöht wird. Der Betrag von 520.800 € bei Nr. 15 wird ebenfalls um 254.600 € erhöht.

Der Sozialausschuss fasst sodann folgende **Beschlussempfehlung**:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2007 wird, soweit die Zuständigkeit des Sozialausschusses gegeben ist und unter Berücksichtigung der Empfehlungen, die der Sozialausschuss zu den von ihm in dieser Sitzung beratenen Anträgen zum Haushalt 2007 abgegeben hat, zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

4.	<b>Ambulant betreute Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenzerkrankung</b> <b>hier: Vorstellung eines Modellprojektes in Drensteinfurt-Rinkerode, Träger pia-causa Krankenpflege GmbH</b>	<b>174/2006</b>
----	---	-----------------

Herr Beerwerth, pia-causa Krankenpflege GmbH, berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 8) zunächst über die bestehenden Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz in der Villa Hittorfstraße und der Villa Mauritz in Münster. Träger sei jeweils die Alexianer-Krankenhaus Münster GmbH, deren Tochtergesellschaft die pia-causa sei.

Für den Einzug in diese für max. 12 Bewohner ausgelegten Wohngemeinschaften gebe es 2 Gründe:

- vorliegende Demenzerkrankung des Hilfebedürftigen
- Hilfebedürftiger ist nicht in der Lage, trotz ambulanter Hilfestellung in einer eigenen Wohnung zu leben

Die Bewohner der Wohngemeinschaft erhalten Mietverträge. Jeder habe seinen eigenen Bereich, ansonsten leben und wirtschaften die Bewohner zusammen. Es sei 24 Stunden täglich eine Hausmutter anwesend, die für alle Probleme ansprechbar sei und Hilfestellung z.B. beim Kochen gebe.

Zusätzlich seien täglich von morgens bis abends 3 Mitarbeiterinnen für die pflegerische Betreuung der Bewohner anwesend.

Herr Beerwerth weist darauf hin, dass die Häuser behindertengerecht ausgestattet seien und damit auch für schwerstpflegebedürftige Menschen geeignet seien. Des Weiteren sei eine Verlegung der Bewohner zum Sterben in ein Krankenhaus oder Hospiz nicht erforderlich. Die Fachlichkeit zur Sterbegleitung sei durch die eigenen qualifizierten Pflegekräfte gegeben.

Hinsichtlich der Errichtung einer Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz in Drensteinfurt-Rinkerode führt Herr Beerwerth weiter aus, dass die pia-causa Krankenpflege GmbH seit über einem Jahr in Verhandlungen mit der Stadt Drensteinfurt, dem Kreis Warendorf sowie der kath. Kirchengemeinde St. Pankratius in Rinkerode stehe. Letztgenannte stelle kostenlos ein Grundstück zur Verfügung. Die Errichtung der Wohngemeinschaft werde von der Alexianer-Krankenhaus Münster GmbH finanziert.

Herr Beerwerth erläutert und vergleicht die Kostenstruktur anhand fiktiver Berechnungen zur ambulanten Pflege in der Wohngemeinschaft sowie der stationären Unterbringung in einer Einrichtung. Das Leben in der Wohngemeinschaft sei im Durchschnitt nicht kostengünstiger. Wichtiger Vorteil sei jedoch, dass die Bewohner mehr in den Tagesablauf einbezogen würden als in einer Pflegeeinrichtung.

Zur Inanspruchnahme von Pflegediensten teilt Herr Beerwerth mit, dass generell jeder Bewohner einen beliebigen Pflegedienst mit seiner Pflege beauftragen könne. Finanziell und organisatorisch sei es jedoch sinnvoll, wenn sich die Bewohner bzw. deren Angehörige einig seien und sämtliche Bewohner durch die pia-causa Krankenpflege GmbH betreut würden.

Herr Dr. Schulze Kalthoff erkundigt sich, wie ein hohes Pflegeniveau gewährleistet werden könne, da die Heimaufsicht für eine solche Wohngemeinschaft nicht zuständig sei.

Herr Beerwerth weist darauf hin, dass mit der Heimaufsicht des Kreises eine enge Zusammenarbeit erfolgen solle. Für die Wohngemeinschaften in Münster sei die Begleitung der Heimaufsicht bei Qualitätsüberprüfungen vertraglich festgelegt.

Herr Dr. Börger betont, dass der Kreis Warendorf nachhaltig hinter der Idee der Wohngemeinschaften stehe. Wichtig sei, dass die Kosten nicht höher als in einer Pflegeeinrichtung seien.

Aus diesem Grund solle das Projekt zunächst modellhaft für die Dauer von 2 Jahren durchgeführt werden und nach einer Laufzeit von 1 ½ Jahren eine Evaluation in Bezug auf Wirtschaftlichkeit und Qualität erfolgen.

Anschließend werde geprüft, ob derartige Wohngemeinschaften auch in anderen Städten und Gemeinden des Kreises eingerichtet werden können.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass ein Vertrag mit der pia-causa Krankenpflege GmbH geschlossen werden solle. Anträge anderer Anbieter über vergleichbare Projekte würden vorerst zurückgestellt.

Frau Mors sieht gute Chancen für das Projekt, wenn ein Platz in der Wohngemeinschaft nicht teurer sei als ein Heimplatz.

Frau Tünte-Poschmann dankt Herrn Beerwerth für seine Ausführungen. Sodann lässt sie über den Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht über das Projekt „Ambulant betreute Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz im Kreis Warendorf“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, unter Berücksichtigung der in den Erläuterungen genannten Eckpunkte weitere Verhandlungen mit dem Träger zu führen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**5. Sozialleistungsbericht 2006****194/2006**

Frau Schürmann erläutert, dass der Sozialleistungsbericht einen aktuellen Überblick über die sozialen Leistungen des Kreises Warendorf gebe. Der Bericht 2006 enthalte vornehmlich Aktualisierungen der bestehenden Leistungen. Seit der Einführung von Hartz IV habe es inhaltlich keine wesentlichen Veränderungen mehr gegeben.

Die Sozialleistungen betragen ca. 1/3 des jährlichen Haushaltsvolumens, für 2006 beliefen sich die Ausgaben auf insgesamt rd. 56 Mio. €.

Frau Schürmann weist darauf hin, dass die Hilfen in Pflegeeinrichtungen einschließlich Pflegegeld insgesamt über 10 Mio. € betragen. Die Vermeidung bzw. Verzögerung von Heimaufenthalten sei daher ein Ansatzpunkt für die nächsten Jahre.

Frau Mors erkundigt sich, warum die Anzahl der eingelösten Familiengutscheine (S. 45 des Berichts) so gering sei.

Herr Hörnemann weist darauf hin, dass die Gutscheine eine 3-jährige Laufzeit haben und der Erfolg daher erst nach Ablauf dieser Frist erkennbar sei.

Frau Grabenmeier fragt nach, welche „Gesellschaftsgruppe“ die Gutscheine in Anspruch nehmen.

Herr Börger erklärt dazu, dass zur Beantwortung dieser Frage ein Bericht der Familienbildungsstätten im zuständigen Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien gegeben werde solle.

Hinsichtlich der Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz bittet Frau Hein-Kötter um Erläuterung der Kostensteigerung in 2005.

Frau Schmiele erklärt, Grund sei die oft sehr späte Rechnungsstellung der Kassen, so dass im Haushaltsjahr 2005 noch Abrechnungen aus den Vorjahren erfolgt seien. Eine Erweiterung des anspruchsberechtigten Personenkreises sei nicht festzustellen.

Frau Tünte-Poschmann schließt die Sitzung um 12.20 Uhr.

Hildegard Tünte-Poschmann  
Vorsitzende

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer